

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
10. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 01.09.2015 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
19:58

Vorsitz

Bürgermeister Knut vom Bovert

CDU-Fraktion

Stv. Vincent Endereß

Vertretung für Stv. Jens Lemke

Stv. Harald Giebels

Stv. Udo Greeff

Stv. Gerd Holberg

Stv. Klaus Mentrop

Stv. Folke Schmelcher

Vertretung für Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Juliane Eichler

Stv. Uwe Elker

Stv. Marion Klaus

Stv. Simone Kunkel-Grätz

Stv. Bernd Stracke

Vertretung für Stv. Walter Drennhaus

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat

Stv. Annegret Wahlers

Vertretung für Stv. Peter Schniewind

GAL-Fraktion

Stv. Petra Lerch

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

AfD-Fraktion

Stv. Ulrich Schwierzke

bis TOP 10

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Robert Abel

Schriftführer

VA Fabian Beyer

Verwaltung

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella
Beigeordnete/r Engin Alparslan
StVR Gerhard Titzer
StORR Michael Rennert
Herr Torsten Rekindt
GSB Marion Plähn

Personalrat

Herr Carsten Butz

Gäste

AM Anette Braun-Kohl
AM Dr. Bettina Warnecke

Der Vorsitzende Knut vom Bover eröffnet um 17:00 Uhr die 10. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Bgm. vom Bover verweist auf die Nachträge unter den TOP 1.1, 17.1, 17.2 und 20.1. Die Verwaltung habe zu TOP 2 eine weitere Ergänzung als Tischvorlage vorgelegt. Der TOP 5 werde gemäß dem Willen des Fachausschusses zunächst in dessen nächster Sitzung am 29.10. noch einmal behandelt und sei daher ebenso von der heutigen Tagesordnung zu nehmen wie der TOP 8, welchen der Fachausschuss in einer gemeinsamen Sondersitzung mit dem BKSA unmittelbar vor der kommenden Sitzung des Rates vorberaten werde.

Öffentliche Sitzung

- 1./ Beschwerde eines Grundstückseigentümers gemäß § 24 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen gegen den Bescheid der Stadt Haan vom 10.07.2015 zur Neufestsetzung der Grundsteuer B für 2015 für ein Einfamilienhaus
Vorlage: 20/013/2015**
-

Protokoll:

Stv. Lukat erklärt für die WLH-Fraktion, man werde sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung verweigern, da man schon in den Haushaltsberatungen gegen die Steuererhöhungen gestimmt habe.

Die Vertreter der Fraktion von CDU, SPD, GAL und FDP betonen hingegen, der Rat habe nur mit Bauchschmerzen den Steuererhöhungen zugestimmt. Die Mehreinnahmen würden dringend benötigt, um die Gesamtfinanzierung aller anstehenden Maßnahmen realisieren zu können. Der Ratsbeschluss hierzu sei mit großer Mehrheit ergangen. Allerdings sollte der Antragsteller nicht mit einer formalen Begründung bescheidet werden, um nicht das Gefühl zu erlangen, lediglich juristisch-formal zurückgewiesen worden zu sein. Eine bürgerfreundliche, inhaltlich qualifizierte Bescheidung sei der angezeigte Weg.

1.Bgo. Formella sichert eine sensible Bescheidung des Antragstellers zu.

Beschluss:

Von einer Prüfung des Bürgerantrages gegen die Erhöhung des Grundsteuer B-Hebesatzes für 2015 wird abgesehen.

Abstimmungsergebnis:

14 Ja- und 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung

**1.1. Gemeinsame Erklärung aller Ratsmitglieder der Stadt Haan
/ Vorlage: BM/002/2015**

Protokoll:

Bgm. vom Bover betont, die vorliegende Erklärung sei heute als Einbringung zu werten. Er stelle den Fraktionen anheim, im Rahmen einer interfraktionellen Einigung einen endgültigen Formulierungsvorschlag bis zur kommenden Sitzung des Rates vorzulegen.

Stv. Ruppert bittet um Berücksichtigung des schriftlich vorliegenden FDP-Vorschlages.

Stv. Lukat erklärt seitens der WLH-Fraktion, die Erklärung grundsätzlich zu begrüßen und den Ergänzungsvorschlag der FDP-Fraktion zu unterstützen.

Stv. Giebels fügt für die CDU-Fraktion an, die nicht hinreichende finanzielle Unterstützung der Kommunen durch den Bundes- und Landesgesetzgeber solle in einer Passage hinzugefügt werden.

Beschluss:

Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfes wird auf eine Empfehlung an den Rat verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**2./ Unterbringung von Flüchtlingen - Sachstand / aktuelle Entwicklung - Maßnahme zur Vorsorge / Prüfung: Landesfinanzschulareal / Sporthalle Steinkulle / neuer Standort - Containerbeschaffung
Vorlage: 51/069/2015**

Protokoll:

1.Bgo. Formella erläutert den Inhalt der Tischvorlage.

Bgm. vom Bover befragt den Ausschuss, ob ein Vorziehen des per 2. Nachtrages

auf die Tagesordnung gesetzten TOP 20.1 aufgrund des sachlichen Gesamtzusammenhanges für erforderlich angesehen werde.

Dies wird aber für nicht notwendig erachtet.

Stv. Lukat empfiehlt seitens der WLH-Fraktion nachdrücklich, den Haushaltsansatz für die Erweiterung der Grundschule Gruiten nicht noch weiter nach hinten zu schieben. Es gelte noch in diesem Jahr aktiv in die Ausschreibung einzusteigen, sonst gelte die Maßnahme in 2016 nicht als Fortführungsmaßnahme und werde evtl. gar nicht angegangen. Den avisierten Sicherheitsdienst von 22-6 Uhr erachte sie für unzureichend. Ein ständiger Ansprechpartner und eine evtl. Videoüberwachung seien erforderlich.

1.Bgo. Formella bestätigt, so lange die Ausschreibungen für die Maßnahmen Grundschule und Gymnasium nicht veröffentlicht worden seien, gelten sie in 2016 nicht als Fortführungsmaßnahme und seien vorbehaltlich der Zustimmung der Aufsichtsbehörde neu zu projektieren.

Dem Einwand des Stv. Stracke, der Kastenwagen für die Hausmeister könne auch geleast werden, begegnet **1.Bgo. Formella** mit der Auskunft, die Verwaltung habe die Wirtschaftlichkeit beider Varianten überprüft. Dabei habe sich der Kauf des Kastenwagens als die wirtschaftlichere der beiden herausgestellt.

Die Diskussion über die Aufgaben des Sicherheitsdienstes sieht **Stv. Stracke** im dafür zuständigen BVFOA besser aufgehoben und dankt der Verwaltung, dass in Haan bislang keine Zelte für Flüchtlinge aufgestellt werden mussten.

Stv. Holberg regt die Vorlage einer kompletten Kostenübersicht inklusive regelmäßiger Fortschreibung an.

1.Bgo. Formella sieht die Verwaltung hierzu evtl. in den Oktober-Sitzungen des RPA und SIA in der Lage.

Stv. Lukat prognostiziert, die Hausmeister würden viel Arbeit haben und könnten nicht zusätzlich noch den Sicherheitsdienst leisten. Die Verwaltung möge den Absatz 4.3 noch einmal überarbeiten.

Bgm. vom Bover streicht heraus, die Vermeidung von Zelt- und Turnhallenunterbringung der Flüchtlinge habe absolute Priorität. Die Verwaltung habe mit ihrer Tischvorlage einen Weg aufgezeigt, wie dies zu vermeiden sei. Nun müsse die Politik hierüber entscheiden.

Stv. Giebels schlägt aufgrund der Auslastung des Gebäudemanagements eine Erstellung der Ausschreibung durch Externe vor, um die Erweiterung der Grundschule Gruiten in 2016 als Fortführungsmaßnahme laufen lassen zu können. Ferner spreche er sich für eine zentrale Informationsveranstaltung der Bevölkerung aus, um soziale Unruhen zu unterbinden.

Bgo. Alparslan erläutert, ein Externer mache die Ausschreibung nicht schneller als die Verwaltung und koste zusätzliches Geld. Für die Erstellung einer Ausschreibung

werde es in 2015 bereits zeitlich sehr knapp. Problem sei das Fehlen von rd. 1 Mio. € im investiven Bereich.

Stv. Lukat hält die Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung bei diesem Thema für unzureichend und erkundigt sich nach alternativen Möglichkeiten, ohne die Maßnahme Grundschule Gruitzen stoppen zu müssen.

1.Bgo. Formella führt aus, es seien bereits alle Einsparungsmöglichkeiten ausgeschöpft worden. Zudem verweist sie auf eher zurückhaltende Prognosen für die Gewerbesteuerentwicklung im Jahr 2016.

Bgm. vom Bovert fordert mehr Mut seitens der Politik ein. Es helfe nicht, in Ehrfurcht zu erstarren. Er zeigt sich davon überzeugt, dass die Bunderegierung noch in diesem Monat eine finanzielle Entlastung der Kommunen auf den Weg bringen werde. Dies werde die Stadt in die Lage versetzen, zunächst zurückgestellte Projekte in 2016 auch als neue Maßnahme fortführen zu können.

Beschluss:

Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfes wird auf eine Empfehlung an den Rat verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

3./ Sprachförderung für Flüchtlinge Vorlage: 51/073/2015

Protokoll:

Stv. Lukat ist der Ansicht, nur über das Beherrschen der Sprache sei richtige Integration zu schaffen.

Beschluss:

Für die Sprachförderung für in Haan untergebrachte Flüchtlinge wird bei Produkt 050200 - Hilfen nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsylBLG) - in 2015 ein Betrag von 5.220 EUR außerplanmäßig zur Verfügung gestellt.

Zur Deckung des Aufwands wird bei Produkt 060310 - Ambulante Hilfen -, bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen die Minderausgabe für den Einsatz einer Familienhebamme herangezogen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

4./ Nachtragsstellenplan 2015

- zusätzliche Sachbearbeiterstelle Asyl (Vollzeit/EG 10)
 - Einrichtung von zunächst vier zusätzlichen Hausmeisterstellen Asyl (Vollzeit, befristet, EG 6)
 - Aufstockung der Stelle der Abteilungsleitung 51-2 - Stelle 51/6 von 0,6 auf eine Vollzeitstelle
- Vorlage: 51/079/2015**
-

Beschluss:

Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfes wird auf eine Empfehlung an den Rat verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5./ Integriertes Handlungskonzept Innenstadt Haan

Vorlage: 61/074/2015

Protokoll:

Der TOP wurde von der heutigen Tagesordnung genommen.

6./ OGS Unterhaan - Trägerwechsel

- a) Sachstandsbericht
 - b) Antrag der GAL-Fraktion vom 24.06.2015
- Vorlage: 51/070/2015**
-

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für den nächsten Sitzungszyklus BKSA am 11.11.2015, JHA am 25.11.2015, HFA am 01.12.2015 und Rat am 08.12.2015 als Grundlage für die Verfahrensentscheidung betr. Trägerwechsel eine Personalstrukturanalyse mit Personalkosten für eine städtische Trägerschaft einschließlich Regelungen Betriebsübergang vorzulegen.

-
2. In den Haushaltsplanentwurf 2016 ist der bisherige Budgetrahmen für eine externe Trägerschaft aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**7./ Schulstrukturplanung
Richtungsentscheidung und weitere Vorgehensweise
Vorlage: 51/062/2015**

Protokoll:

Stv. Ruppert zeigt sich seitens der FDP-Fraktion skeptisch, wenn in Haan bald nur noch 2 Schulformen angeboten würden, die beide zum Abitur führten. Er bitte den Musterfragebogen der Bezirksregierung so bald als möglich vorzulegen.

1.Bgo. Formella führt aus, eine Vorlage des Musterfragebogens ergebe keinen Sinn, weil die hiesige Politik eine differenziertere Abfrage wünsche. Die Verwaltung arbeite hieran und werde die erweiterte Fassung in der Sitzung des BKSA am 11.11.2015 vorlegen.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für die Errichtung einer Gesamtschule mit einer beabsichtigten Gründung zum Schuljahr 2017 / 2018 weiter zu verfolgen.
2. Die Verwaltung legt dem BKSA in der Sitzung am 11.11.2015 zur Freigabe den mit der Bezirksregierung Düsseldorf abgestimmten Fragebogen für die Elternbefragung der Eltern vor.
3. Die Elterninformationsveranstaltungen - getrennt in Haan und Gruiten - sind bis zu den Osterferien 2016 mit Unterstützung der Bezirksregierung durchzuführen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Elternbefragung mit vorheriger Elterninformation der Kinder der Schulklassen 1-3 in Haan durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

16 Ja- und 1 Nein-Stimme

8./ Arbeitskreis Beitragssatzungen - Verfahren und Zusammensetzung

Vorlage: 51/068/2015

Protokoll:

Der TOP wurde von der Tagesordnung genommen.

9./ Satzung der Stadt Haan über die Änderung der Gebührensatzung für den städtischen Friedhof in Haan

Vorlage: 60/007/2015

Protokoll:

Stv. Lukat stellt fest, dass erhebliche Kostensteigerungen zu verzeichnen seien und möchte wissen, ob die Konkurrenzfähigkeit zu den rein konfessionellen Friedhöfen noch gegeben sei. Ferner bitte sie um Nachricht über die Zahl der Bestattungen in 2014.

StAR Rekindt sagt eine Auskunft für die kommende Sitzung des Rates zu.

Bgo. Alparslan bittet aber auch darum, die Gebührensenkungen der Satzung zur Kenntnis zu nehmen.

Stv. Holberg regt angesichts sich ändernder Gepflogenheiten bei den Bestattungsarten und dem damit verbundenen Flächengewinn an, über alternative Nutzungsarten, wie z.B. Friedwälder, nachzudenken.

Bgo. Alparslan bestätigt, dass der Trend zur Urnenbestattung gehe. Diese benötige weniger Fläche und sei darüber hinaus günstiger als die Sargbestattung. Die Verwaltung habe bereits angedacht, Teile des Waldfriedhofs zugunsten einer Waldnutzung aufzugeben.

Beschluss:

Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfes wird auf eine Empfehlung an den Rat verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**10./ Satzung der Stadt Haan über die Änderung der Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen auf dem städtischen Waldfriedhof in Haan
Vorlage: 60/008/2015**

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Haan über die Änderung der Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen auf dem städtischen Waldfriedhof in Haan, Leichlinger Straße, (Friedhofssatzung) gemäß Anlage zu dieser Sitzungsvorlage wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**11./ Jahresüberschuss der Stadt-Sparkasse Haan aus dem Geschäftsjahr 2014
Vorlage: 20/010/2015**

Protokoll:

Stv. Holberg legt für die CDU-Fraktion dar, die Sparkasse brauche den Überschuss, weil die aktuell schlechtere Zinssituation die Einnahmen der Sparkasse schmälere. Wenn es Rücklagen gebe, könnten auch Darlehen vergeben werden. Die Sparkasse führe viel Geld in Stiftungen auch im Interesse der Stadt ab und unterstütze viele Sportvereine.

Auf Nachfrage der Stv. M. Klaus, inwieweit die Mindestanforderungen für die Zuführung bei der Sparkasse erfüllt seien, erklärt **Bgm. vom Bover** diese seien erfüllt.

Auf weitere Nachfrage der Stv. Lukat, welche Summe des in Rede stehenden Überschusses im Falle einer Ausschüttung tatsächlich nach Steuern bei der Stadt ankomme, beziffert **Bgm. vom Bover** diese mit 50-60%.

Stv. Lukat macht seitens der WLH-Fraktion deutlich, man wolle eine starke Sparkasse in Haan erhalten und spreche sich gegen eine Ausschüttung an die Stadt aus.

Auch **Stv. Ruppert** wertet die im Haushalt etatisierte Einnahme in Höhe von 200.000 € als offensichtlich zu hoch und spricht sich gegen eine Ausschüttung an die Stadt aus.

Bgm. vom Bover stellt sich die grundsätzliche Frage, warum sich Haan anders als die anderen Kreisstädte in dieser Frage verhalte.

Beschluss:

Gemäß § 25 SpKG i.V. m. § 8 Abs. 2 Buchstabe g) SpKG wird auf den ausschüt-

tungsfähigen Gewinn der Stadt-Sparkasse Haan aus dem Geschäftsjahr 2014 in Höhe von 156.540,41 € verzichtet. Der Betrag wird der Sicherheitsrücklage der Stadt-Sparkasse Haan zugeführt.

Somit ist gemäß § 25 Abs. 1 Buchstabe c) SpKG der volle Bilanzgewinn in Höhe von 156.540,41 € der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja- und 1 Nein-Stimme bei 4 Enthaltungen

**12./ Entlastung der Sparkassenorgane der Stadt-Sparkasse Haan für das Geschäftsjahr 2014
Vorlage: 20/011/2015**

Beschluss:

Den Organen der Stadt-Sparkasse Haan, und zwar

- dem Verwaltungsrat
- dem Vorstand

wird für das Geschäftsjahr 2014 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

(Stv. Lerch, Stv. Eichler, Stv. Giebels, Stv. Greeff, Stv. Lukat, Stv. Wahlers, Stv. Schmelcher, Stv. Stracke und Stv. Kunkel-Grätz haben weder an Beratung noch Abstimmung teilgenommen)

**13./ Änderung der Entgeltordnung der Bücherei
Vorlage: 51/063/2015**

Protokoll:

Stv. Lerch teilt mit, die Bücherei eruiere derzeit die Möglichkeit, Kunden kostenlos per email zu benachrichtigen, wenn die Leihfrist für ein Medium überschritten worden sei.

Beschluss:

Die Anpassung der Entgeltordnung für die Stadtbücherei in Haan wird entsprechend Anlage 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**14./ Betriebskostenzuschuss für den Betrieb der "Kleiderkammer Haan" - Antrag SKFM Haan e.V. vom 04.08.2015
Vorlage: 51/075/2015**

Protokoll:

Stv. Lukat moniert den unvollständigen Empfehlungstext des Beschlussvorschlages zu Ziffer 2.

Die Verwaltung sagt eine Berichtigung zum kommenden Rat zu.

Beschluss:

Aufgrund eines unvollständigen Empfehlungstextes wird auf eine Empfehlung an den Rat verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**15./ Zusammenarbeit des Jugendparlaments mit Politik und Verwaltung
Vorlage: 51/078/2015**

Beschluss:

Das vom Jugendparlament entwickelte Verfahren zur Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

16./ Familienkarte- Fortführung um weitere 5 Jahre **Vorlage: 23/041/2015**

Protokoll:

Stv. Ruppert erklärt für die FDP-Fraktion, die Fortführung der Familienkarte sei sinnlos, wenn der Aufwand hierfür wie bisher betrieben werde. Hinzu komme, dass die Akzeptanz in Bevölkerung und Handel offensichtlich bestenfalls stagniere. Daher werde sich die FDP enthalten.

Stv. Endereß erläutert für die CDU-Fraktion, die Familienkarte werde als Bereicherung für die Stadt Haan gesehen. Die Berechtigten, die geantwortet hätten, hätten der Karte ein positives Votum ausgestellt. Man zeige sich überzeugt davon, dass die Wirtschaftsförderung im Rahmen ihrer personellen Ressourcen versuchen werde, die Attraktivität des Angebotes zu steigern.

Stv. Lukat empfiehlt der Verwaltung, die Grundsätze der Projektarbeit zu beachten. Demnach sei ein Maßnahmenplan zu erstellen und die Ehrenamtsbörse zu beteiligen.

Stv. Stracke findet, die Familienkarte sei in Haan nicht bekannt genug und müsse noch mehr ins Bewusstsein der Bevölkerung gerückt werden. Die Verwaltung bitte er, die personellen Ressourcen in der Wirtschaftsförderung noch einmal mit dem Ziel zu überprüfen, dem Projekt Familienkarte mehr Zeit widmen zu können.

Stv. Lerch vertritt die Auffassung, der Aspekt der Kundenbindung sei mindestens genauso hoch zu gewichten wie der der Familienfreundlichkeit. Sie schlage vor, den Kreis der Anspruchsberechtigten z.B. auf Familien mit Kindergeldbezug auszuweiten, um neue Kundenkreise zu erschließen.

Beschluss:

Das Projekt „Haaner Familienkarte“ wird einstimmig um weitere 5 Jahre verlängert.

Abstimmungsergebnis:

14 Ja- und 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung

17./ Überplanmäßige Aufwendung / Auszahlung im Produkt 060310 - Ambulante Hilfen - bei der Aufwandsart Transferaufwendungen
Vorlage: 51/077/2015

Beschluss:

Der Leistung der überplanmäßigen Aufwendung / Auszahlung im Produkt 060310 – Ambulante Hilfen – bei der Aufwandsart „Transferleistungen“ in Höhe von 100.000 EUR wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

17. Etatisierung Sanierung GS Gruitzen
1./ - hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 21.08.2015

Beschluss:

Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfes wird auf eine Empfehlung an den HFA verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

17. Erweiterung Grundschule Gruitzen
2./ - hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 25.08.2015

Beschluss:

Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfes wird auf eine Empfehlung an den HFA verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

18./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Zur schriftlich beantworteten Anfrage der FDP-Fraktion bzgl. Controlling fragt **Stv. Ruppert** nach, ob die Verwaltung glaube, dass ihr Statement zu Frage 1 ein aktives Controlling im Sinne des Landrates darstelle.

Die Anfrage der WLH-Fraktion bzgl. eines Bildbuttons auf der Homepage mit Informationen zur Flüchtlingsbetreuung beantwortet **Bgm. vom Bover** dahingehend, dass die Anregung in eingeschränktem Maße umgesetzt werde.

Der Anfrage des Stv. Endereß, ob die Verwaltung – wie bereits unter TOP 2 thematisiert – eine Informationsveranstaltung bzgl. Flüchtlingsunterbringung durchführen werde, begegnet **Bgm. vom Bover** mit dem Hinweis auf ausstehende Entscheidungen der Bundesregierung bzgl. Erstattungen von Kosten der Kommunen. Eine solche Veranstaltung sei erst dann seriös und sinnvoll, wenn alle Informationen hierzu vorlägen.

Die Nachfrage der Stv. Lukat, ob für die Flüchtlingsbetreuung eine Stabsstelle eingerichtet worden sei, wird von **Bgm. vom Bover** abschlägig beschieden. Diese Aufgabe habe keine Stabsstellenfunktion, sondern werde von der Sozialverwaltung in Zusammenarbeit mit der Caritas geleistet.

19./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.